

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 12. Dezember 1986

Blatt 3070

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Botschafter Lauder
- Lokal:** Ab Montag wieder Schienenstraßen-Parkverbot in Wien
(orange)
- Sport:** 1987: "Jahr der kleinen Vereine"
(grün)

Ab Montag wieder Schienenstraßen-Parkverbot in Wien

Utl.: Es gilt aber nur bei Schneelage

1 =Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 15. Dezember, tritt in Wien wieder das nächtliche Schienenstraßen-Parkverbot in Kraft. Zum ersten Mal gilt dieses Parkverbot jedoch nur bei Schneelage. Die neue Regelung soll einerseits die Schneeräumung in Straßen mit Straßenbahngleisen garantieren, andererseits aber in der "trockenen Zeit" nicht unnötig Parkplätze blockieren. Sie gilt bis 31. März 1987 jeweils in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr.++++

Kundgemacht wird das Schienenstraßen-Parkverbot durch eine Rundum-Beschilderung auf allen 90 nach Wien führenden Straßen an der Stadtgrenze. Eine Zusatztafel weist auf die Gültigkeitsdauer und durch das Symbol "Schneelage" auf die Einschränkung des Parkverbots hin. (Schluß) sc/bs

NNNN

1987: "Jahr der kleinen Vereine"

2 =Wien, 12.12. (RK-SPORT) Als "das Jahr der kleinen Fußball-Vereine" proklamierte Sportstadtrat Franz MRKVICKA das Jahr 1987, nachdem es gelungen ist, zusätzliche Förderungsmittel für den Sport zu erhalten.++++

Neben den sogenannten Staffelmitteln in der Höhe von 4,374 Millionen Schilling, die auf der Vorjahrshöhe gehalten werden konnten - für die drei Dachverbände, den Fußball-, Hockey- und Ruder-Verband, bestimmt - und Sanierungsmitteln von 6 Millionen Schilling stehen im kommenden Jahre zusätzlich 3 Millionen Schilling zur Verfügung, die vornehmlich für die kleinen Fußball-Vereine in der Bundeshauptstadt bestimmt sind. "Der Betrag wird für dringende Investitionen zahlreicher Klubs aufgewendet", erklärte Mrkvicka, der auch ankündigte, daß diese neue Aktion im Jahre 1988 fortgesetzt wird und kleine Vereine in anderen Sportbereichen in die Gunst der Förderungsmittel kommen werden.

Zwtl.: Über 305 Millionen Schilling Sportbudget für 1987

Insgesamt beträgt das Sportbudget 1987 der Stadt Wien 305,305 Millionen Schilling, wovon an Sportförderungsmitteln 128,944 Millionen und an baulichen Investitionen 97 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Zwtl.: 660.000 Schilling an Mehreinnahmen bei "Komm zum Sport mit 7UP"

Aus der Aktion "Komm zum Sport mit 7UP", bei der in diesem Jahr Förderungsmittel von 4 Millionen Schilling bereitstanden, die an Spitzenklubs im Fußball, Handball, Eishockey, Radsport, Tischtennis und Basketball aufgeteilt wurden, konnten beachtliche Mehreinnahmen erzielt werden: Nicht zuletzt durch den Verkauf der VIP-Pässen (rund 6.000 Stück) stehen weitere 650.000 Schilling zur Verfügung.

Die Aufteilung dieser Mittel an Klubs in den verschiedensten Bereichen erfolgt noch im Dezember.

Zwtl.: Nächstjährige Aktion gezielt auf Spitzen- und Breitensport

Die nächstjährige Aktion "Komm zum Sport" wird bei kleinen organisatorischen Veränderungen - so soll sie das ganze Jahr über laufen - für den Spitzen-, aber speziell auch für den Breitensport bestimmt sein. Dafür sind Sonderförderungsmittel in der Gesamthöhe von rund 8 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 4 Millionen Schilling zur Verteilung unter den Klubs kommen, 4 Millionen Schilling für erweiterte Breitensportaktivitäten aufgewendet werden.
(Schluß) hof/bs

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Botschafter Lauder

3 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Donnerstag abend im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an den amerikanischen Botschafter Ronald S. LAUDER das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Ansprache die Leistungen Lauders vor allem auf kulturellem Gebiet hervor, sei es als Mäzen bei der Renovierung der Secession oder beim Zustandekommen der äußerst erfolgreichen Wien-Ausstellung "Vienna 1900" im New Yorker Museum of Modern Arts. Lauder meinte in seinen Dankesworten, daß seine "Liebe zu Wien" bereits seit seinem ersten Besuch vor einem Vierteljahrhundert bestehe.

Der Feier wohnten unter anderem Landtagspräsident Günther SALLABERGER, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erhard BUSEK, die Stadträte Helmut BRAUN und Franz MRKVICKA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION und Vertreter des Diplomatischen Corps bei. (Schluß)
red/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Wahl eines Bundesrates

4 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Landtagspräsident SALLABERGER eröffnete die Sitzung des Wiener Landtages. Als neues Wiener Mitglied des Bundesrates wurde einstimmig Dr. Ernst Eugen VESELSKY als Nachfolger von Fritz VERZETNITSCH gewählt.

Anschließend unterbrach der Landtagspräsident die Sitzung für Beratungen der Klubs. (Forts.) lei/rr

Wiener Landtag (2)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

5 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nach einer fünfzigminütigen Unterbrechung setzte der Wiener Landtag seine Beratungen fort. StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung der Wiener Stadtverfassung. Die letzte große Änderung der Wiener Stadtverfassung im Jahre 1978 brachte vor allem einen Ausbau der Einrichtungen der direkten Demokratie sowie Ansätze für eine verstärkte Dezentralisierung. Nunmehr soll ein weiterer entscheidender Schritt auf Gesetzesebene in Richtung einer verstärkten Dezentralisierung und damit einer Aufwertung der Bezirke erfolgen.

Vor allem ist eine budgetwirksame Dezentralisierung vorgesehen. Die Bezirke werden über ein eigenes Budget und einen eigenen Rechnungsabschluß zur Durchführung bestimmter Verwaltungsangelegenheiten verfügen. Die Bezirke erhalten im Zusammenhang mit der Verwaltung der Haushaltsmittel ein Vorgriffsrecht auf künftige Einnahmen und das Recht der Rücklagenbildung.

Die Aufgaben der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher werden jetzt direkt in das Gesetz aufgenommen, bisher wurden sie durch Verordnungen des Gemeinderates beziehungsweise des Bürgermeisters festgelegt.

Die durch die Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes bei der Vollziehung des Paragraph 69 der Bauordnung für Wien eingetretene veränderte Zuständigkeitssituation wird neu geregelt. Künftig soll die Entscheidung über unwesentliche Abweichungen der Bebauungsvorschriften eigenen Bezirksbauausschüssen übertragen werden. Parallel zu dieser Maßnahme wird eine Änderung der Bauordnung für Wien vorgenommen werden, sodaß die Vollziehung des Paragraph 69 ab 1. Juli 1987 den Bauausschüssen der Bezirksvertretungen obliegen wird. (Forts.) lei/rr

Wiener Landtag (3)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

6 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ- und die ÖVP-Fraktion haben Initiativanträge eingebracht, daß dem Kontrollamt bei der eigentlichen Prüftätigkeit keine Weisungen erteilt werden können. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht deshalb die verfassungsrechtliche Verankerung der Weisungsfreiheit des Kontrollamtsdirektors vor.

Auf Wunsch aller Fraktionen wird den Mitgliedern der Volksanwaltschaft das Recht eingeräumt, an den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Damit ist Wien das erste Bundesland, in dem den Mitgliedern der Volksanwaltschaft im Landtag das Rederecht eingeräumt wird. Stadtrat Seidl begrüßte bei dieser Gelegenheit die in dieser Landtagssitzung anwesenden Volksanwälte Franziska FAST und Dr. Franz BAUER.

Die Novelle zur Wiener Landesverfassung beinhaltet noch weitere kleinere Änderungen im Zusammenhang mit den ortspolizeilichen Verordnungen und dem Notverordnungsrecht, eine Neuregelung der Rechte des Vorsitzenden des Berufungssenates und berücksichtigt einige praktische Bedürfnisse. (Forts.) lei/bs

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

7 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zielsetzung dieser Verfassungsnovelle, zu der seine Fraktion ihre Zustimmung nicht gebe, erklärte LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), sei die Übertragung von Kompetenzen des Gemeinderates an die Bezirke. Die Auffassungsunterschiede bestünden darin, daß nicht eine Stärkung der Bezirksdemokratie, nicht mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung und der Bezirksvertretung beschlossen würden, sondern eine Kompetenzerweiterung der Bezirksvorsteher. Man höhle die Rechte der Bezirksvertretung in unzulässiger Weise aus, indem man z.B. Finanzentscheidungen bis zu 455.000 Schilling dem Bezirksvorsteher in eigener Kompetenz übertrage. Erst für die Genehmigung einer Ausgabe über 910.000 Schilling sei der Beschluß der Bezirksvertretung nötig. Für Ausgaben zwischen 455.000 und 910.000 Schilling sei mit der Novellierung ein Finanzausschuß zuständig, dem kleinere Fraktionen aber nicht angehören. Zur Weisungsfreiheit des Kontrollamtsdirektors und zum Rederecht der Volksanwälte sagte Hirnschall, seine Fraktion sei damit vollinhaltlich einverstanden. Er bedaure, meinte Hirnschall, daß es für das Rederecht des Rechnungshofpräsidenten und des Rechnungshofvizepräsidenten keine analoge Regelung für eine Diskussion auf Ausschußebene gebe.

Dr. Hirnschall wies darauf hin, daß die Klubobmänner eine Ausklammerung der Aufstockung der Bezirksvertretungen vereinbart hätten.

Die Novelle bedeute, erklärte LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), nur erste kleine Schritte, dem Bezirk, als Keimzelle der Urbanität, die entsprechende Bedeutung zu verleihen. Das "Aufwachen des Wiener Bürgers" verlange ein Mehr an Rechten und Demokratie, weshalb die ÖVP weiter die Möglichkeit der Volksbefragung, der Bürgerantragsrechte und der Volksabstimmung im Bezirk fordern werde. (Forts.)
jel/rr

Wiener Landtag (5)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

8 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Man habe bei der Verfassungsreformdiskussion, führte Welan aus, ein Mißtrauen gegen die direkte Demokratie auf Seiten der Mehrheitsfraktion registriert. In seiner Fraktion, sagte der ÖVP-Mandatar, sei man aber der Ansicht, daß weitere Verfassungsreformdiskussionen nötig seien. Die Wiener Stadtverfassung sei derzeit eine "Bürgermeister-Verfassung". Man werde bei Novellierungen darauf achten müssen, damit sie keine "Bezirksvorsteherverfassung", sondern eine "Bürgerverfassung" werde. Seine Fraktion, schloß Welan, gebe dieser Novellierung ihre Zustimmung, fordere aber weitere Diskussionen. (Forts.) jel/bs

Wiener Landtag (6)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

9 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. SVOBODA (SPÖ) betonte die Bedeutung der Verfassungsnovelle, die neben der verfassungsmäßigen Festschreibung der Volksanwaltschaft für Wien, der Weisungsfreistellung des Kontrollamtes vor allem der Dezentralisierung und damit der weiteren Demokratisierung gewidmet sei. Svoboda betonte, daß damit ein Bestandteil der Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Zilk erfüllt werde. Die Verfassungsnovelle bringe neue Rechte und Pflichten für die Bezirke, wobei natürlich die Interessen der jeweiligen Nachbarbezirke und der gesamten Stadt stets zu berücksichtigen seien. Generell bedeute dieser Schritt die Einbindung der Menschen in Entscheidungsprozesse, wobei besonders unmittelbare Lebensinteressen wie Grünraumgestaltung, Verkehrsproblematik oder Schulfragen berücksichtigt werden. Dieser Schritt der Demokratisierung bedeute verstärkte Information der Bezirke, verstärktes Anhören der Bezirke und schließlich die Eigenzuständigkeit für verschiedene Fragen. Die Bezirke können damit selbst Prioritäten setzen, wobei ihnen auch erhebliche Mittel zur Verfügung stehen, die durch bestimmte Konstellationen über das direkt ausgewiesene Ausmaß hinausgehen. Svoboda sprach sich grundsätzlich dafür aus, dem Mehr an Pflichten für die Bezirke, das auch eine Mehrarbeit bedingt, auch ein Mehr an Mandataren gegenüberzustellen. Im Sinne einer einstimmigen Verabschiedung der Novelle brachte er jedoch einen ABÄNDERUNGSANTRAG aller drei Parteien ein, in dem der Passus über die Aufstockung der Anzahl der Bezirksräte entfällt. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

10 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. SVOBODA (SPÖ) sagte, daß gerade ein Beschluß zur Stadtverfassung möglichst einhellig gefaßt werden soll, da er ja eine Basis des Lebens in unserer Stadt darstellt. Für ihn bedeute daher der Entschluß der Parteien, in Verhandlungen eine Änderung des Abstimmungsverhaltens zu erreichen, einen Akt gelebter Demokratie. Seitens der SPÖ sei man in diesem Sinne bereit gewesen, auf den Passus der Erhöhung der Anzahl der Bezirksmandatare zu verzichten, wenn auch dieser Punkt sicherlich weiterhin diskutiert werden muß. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (8)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

11 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Mag. KAUSER (ÖVP) erklärte, die ÖVP sehe keinen Grund für eine Aufstockung der Zahl der Bezirksräte. Wichtiger sei es, die Zahl der Beamten aufzustocken. Die Bedeutung der Stadtverfassung rechtfertige es, sie nur auf breiter Basis zu ändern, denn sie sei die Grundlage für die Zusammenarbeit in dieser Stadt. Das System der parlamentarischen Politik müsse ergänzt und weitergeführt werden, verlangte Kauer. Dazu gehörten der Ausbau der Bürgerrechte, die Autonomie der Bezirke, eine Wahlrechtsreform, die Verbesserung der Kontrolle und die Verbesserung der parlamentarischen Arbeit. Mit diesen von der ÖVP vorgeschlagenen Ideen hätten sich im wesentlichen auch die anderen beiden Fraktionen anlässlich der Gespräche über die Verfassungsreform identifiziert. Doch nun, in einer "oben" fertiggestellten Vorlageform, bekomme der Bürger keine zusätzlichen Rechte, und es sei fraglich, wie hier von einem Fortschritt gesprochen werden könne. Dem Geist der demokratischen Verfassung entspreche es auch nicht, daß diese durch eine einfache Mehrheit geändert werden könne. In Wirklichkeit hätten die Bezirke keine Autonomie und auch keine Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, es fehle ihnen an behördlichen Rechten. Bratz und Broda hätten selbst einmal gefordert, daß Minderheiten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangen können sollen. Diese Verfassung verpflichte jedoch nicht zur Information, und es sei schwierig, an Kontrollratsberichte heranzukommen. Die Bürger dieser Stadt müssen teilnehmen können am Leben dieser Stadt, verlangte Kauer abschließend, und es müßte ein Weg von der Zuschauerdemokratie zur Teilnehmerdemokratie beschritten werden. (fforts.) and/bs

Wiener Landtag (9)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

12 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Labg. Mag. ZIMA (SPÖ) erklärte, daß die Änderung der Stadtverfassung die wichtigste Veränderung seit dem Jahr 1920 sei. Die Dezentralisierung sei eine demokratiepolitische Maßnahme ersten Ranges, weil einerseits Aufgaben der Verwaltung dezentralisiert und auf gewählte Volksvertreter übertragen und andererseits Entscheidungsprozesse in unserer Stadt für den Bürger transparenter und beeinflubarer gestaltet würden. Er halte die Forderungen der ÖVP - Volksbefragungen, Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Antrag von 10.000 Bürgern und ein Bürgerantragsrecht mit 100 Unterschriften für die Bezirksvertretungen und 1.000 für den Gemeinderat bzw. Landtag als Mindestvoraussetzung - für unausgewogen, vergleiche man die Zahl der Wähler, die beispielsweise hinter einem Bezirksrat stehen mit der Zahl der von der ÖVP vorgeschlagenen Unterschriften.

Zima stellte fest, er halte es persönlich für falsch, eine Konzentrationsregierung zwangsweise durch Verfassungsänderung einzuführen. Nach einem Exkurs über das Schweizer Verfassungsmodell meinte Zima, moderne Flächenstaaten oder eine Millionenstadt wie Wien seien nur mit den Methoden der repräsentativen Demokratie zu regieren. Die Einrichtungen der direkten Demokratie könnten nur ergänzend dazutreten. Mit dem Wissen um die Problematik der direkten Demokratie sollte man weiterhin darüber miteinander reden - mit dem Ziel, sie dort, wo es zweckmäßig ist, in unserer Verfassung zu verankern und bestehende Einrichtungen zu verbessern. (Forts.) du/bs

Wiener Landtag (10)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

13 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) begrüßte in ihrem Schlußwort die weitgehende Einigung der Parteien und die Gesprächsbereitschaft. Die vorliegende Novelle diene dem Konsens auf breiter Basis.

Der in der Debatte eingebrachte ABÄNDERUNGSANTRAG wurde einstimmig angenommen.

In erster Lesung wurden über die einzelnen Paragraphen der Gesetzesvorlage getrennt abgestimmt und sie fanden unterschiedliche Mehrheiten.

In zweiter Lesung wurde das Gesetz mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP beschlossen. Die Sitzung des Landtages endete um 13.10 Uhr.

(Schluß) du/

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Ankauf von Liegenschaften

14 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nach der Sitzung des Wiener Landtages trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte den Kauf, Verkauf bzw. den Tausch verschiedener Grundstücke. Dazu gehören der Ankauf von 73.000 Quadratmeter im Böhmischen Prater, 57.000 Quadratmeter in Aspern zur Schaffung von Kleingärten sowie der Ankauf bzw. Tausch von Grundstücken im 5., 6. und 7. Bezirk zur Schaffung von Parks im dichtverbauten Gebiet.

GR. SEVCIK (SPÖ) unterstrich die Bedeutung des Stadtentwicklungsplanes und der Gründeklaration für Wien. Die in der heutigen Tagesordnung verhandelten Grundtransaktionen dienen in erster Linie der Erhaltung, Schaffung und Ausdehnung von Grünflächen im Stadtgebiet.

ABSTIMMUNG: Alle fünf Geschäftsstücke wurden einstimmig angenommen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Subvention für Gruppe "Neues Österreich"

15 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) stellte den ANTRAG, der Gruppe "Neues Österreich" zur Durchführung des Symposiums "Die österreichische Identität" eine einmalige Subvention in der Höhe von 200.000 Schilling zu gewähren.

Mag. KAUER (ÖVP) zog seine Wortmeldung zurück.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Subvention "Dramatisches Zentrum Wien"

16 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) beantragte, dem Dramatischen Zentrum Wien zur Förderung seiner vielfältigen künstlerischen und kunstpädagogischen Tätigkeiten für 1986 eine einmalige Subvention in der Höhe von 314.000 Schilling zu gewähren.

GR. PROCHASKA (ÖVP) sagte, die Hoffnung auf eine Besserung im Geschäftsgebaren des Dramatischen Zentrums habe sich aufgrund der vorgelegten Unterlagen als trügerisch erwiesen. Bereits 1981 habe das Unterrichtsministerium, das ebenfalls als Subventionsgeber fungiert, eine umfassende Reform der Geschäftsgebarung als Subventionsbedingung gestellt. Er halte eine effiziente Kontrolle nicht für eine Zensurmaßnahme. Auch der Kontrollamtsbericht habe sich ausnehmend kritisch über die Verwendung von Subventionsgeldern geäußert. Für seine Fraktion sei es nicht verständlich, warum das Dramatische Zentrum trotz eines Gewinnes von 1,5 Millionen Schilling und eines Steuerguthabens eine Subvention von der Stadt Wien beanspruche.

Das Dramatische Zentrum habe einen umfassenden Bericht über seine Tätigkeit im Jahr 1986 zusammengestellt und offengelegt, sagte GR. STRANGL (SPÖ) Die Subvention, die nun zu beschließen sei, sei ein geringer Teil des Aufwandes des Dramatischen Zentrums, nämlich ein Drittel der Miete. Diese Zuwendung habe man fest vereinbart.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: TONAU: "Rock auf der Insel"

17 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) beantragte eine Nachtragssubvention von 700.000 Schilling für das Rock-Festival "Rock auf der Insel" der Rockgruppe TONAU.

GR. GUNDACKER (öVP) kritisierte das von der TONAU verwaltete Rockhaus in Penzing. Dort werde unter Umgehung gesetzlicher Auflagen gewerblichen Tätigkeiten nachgegangen. Weiters seien starke Lärmbelästigungen für die Anrainer zu verzeichnen. Durch die Nichterfüllung von Sicherheitsauflagen seien die Jugendlichen im Rockhaus gefährdet.

GR. DINHOF (SPö) entgegnete, daß die öVP mit ihrer Wortmeldung eine Initiative angreife, die aufgrund eines Vertrages zwischen Privaten entstanden sei. Dies entspreche nicht der sonstigen Linie der öVP. Die Bezirksvertretung Penzing, deren Mehrheit die SPö habe, habe Kommissionierungen im Rock-Haus durchgeführt, und aufgrund der Beschlüsse der Bezirksbehörden sei eine baldige Absiedelung des Rock-Hauses zu erwarten.

Gr. BRIX (SPö) bemerkte, daß der vorliegende Akt nicht das Rockhaus, das die öVP angegriffen habe, sondern das Festival "Rock auf der Insel" betreffe. Dieses Festival sei eine wichtige Veranstaltung im Wiener Kulturleben 1986 gewesen. Nur die ungünstige Witterung habe eine größere Publikumsresonanz verhindert, weshalb nun eine Nachtragssubvention notwendig sei.

GR. HAUBENBURGER (öVP) wies auf mangelnde Sicherheitseinrichtungen im Rockhaus hin.

GR. STRANGL (SPö) bemerkte, daß die öVP offensichtlich zu einem anderen Akt als dem vorliegenden Geschäftsstück gesprochen habe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Subvention für "Musik '86"

18 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPÖ) beantragte eine Defizitabgeltung von 300.000 Schilling für den Verein "Musik '86".

GR. LANGHAMMER (ÖVP) befaßte sich grundsätzlich mit verschiedenen Subventionen, die an der SPÖ nahestehende Partner vergeben würden. So sei es auch nicht zu verstehen, daß es im WUK ein selbstverwaltetes Beisl geben muß, das sich überdies nicht an gesetzliche Bestimmungen halte. In der Privatwirtschaft würde der entsprechende Bedarf ohnedies gedeckt. Zum Antrag selbst meinte Langhammer, dieser Verein trete vor dem Hintergrund eines professionellen Veranstalters auf, der auf diese Weise sein Unternehmerrisiko auf die öffentliche Hand abwälze. Es sei auch nicht richtig, daß internationale Künstler ohne diesen Verein nicht auftreten könnten. Wien sei das Jazz-Zentrum Westeuropas, und durch eine offensive Kulturpolitik sollte diese Position gefestigt und ausgebaut werden. Die Ablehnung des Geschäftsstückes durch die ÖVP sei ein Denkanstoß, damit Wien seine Stellung als Weltstadt der Musik weiter behaupten könne.

GR. HANKE (SPÖ) stellte zum WUK fest, es entspreche wohl nicht den immer wieder geäußerten Forderungen der ÖVP nach Eigeninitiative und Engagement, wenn sie nun das Beisl im WUK ablehne. Hier würden sich arbeitslose Jugendliche selbst helfen. Die hier geleistete Arbeit finde auch im Ausland Anerkennung. Die Defizitabdeckung, die mit diesem Antrag beschlossen werden soll, diene dazu, das Zustandekommen solcher Veranstaltungen sicherzustellen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Verkauf einer Liegenschaft

19 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODÁ (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Verkauf einer städtischen Liegenschaft in Altmannsdorf an die "GSÖ", Gesellschaft für Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

GR. DR. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß er von der Magistratsabteilung 40 über die betreffende Liegenschaft ein Gutachten angefordert habe. Die Stadt Wien habe die Liegenschaft seinerzeit um 4,2 Millionen Schilling gekauft. Abzüglich des vorgesehenen Rabatts ergebe sich ein Kaufpreis von 3,5 Millionen Schilling, zu dem die "GSÖ" auch bereit gewesen wäre, die Liegenschaft zu kaufen. Es sei ihm unverständlich, warum der Kaufpreis jetzt nur mehr rund drei Millionen Schilling ausmache. Außerdem sei eine dubiose Zahlung an den Stadterneuerungsfonds vorgesehen.

GR. Ing. Svoboda erklärte, daß der Kaufpreis von rund drei Millionen Schilling folgendermaßen errechnet worden sei: Aus dem Grundkostenpreis minus Rabatt und dem Wohnnutzflächenpreis minus Rabatt sei das arithmetische Mittel errechnet worden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Luftbericht

20 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) legte den Luftbericht zur Kenntnisnahme vor.

Der "Luftbericht" war in jüngster Zeit von der ÖVP als unzureichend und mangelhaft kritisiert worden, erklärte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ). Der Luftbericht gibt Auskunft über Emissionswerte, über getätigte und geplante Maßnahmen und über die Forschungstätigkeit im Auftrag der Stadt Wien. Die von der ÖVP reklamierten Themen wie Waldsterben und ein ökologisches Gesamtkonzept für die Stadt können nicht Inhalt des Luftberichtes sein.

Häupl wies ferner den Vorwurf, daß der Luftbericht beschönigt sei, zurück. Gerade von den Sozialisten in dieser Stadt seien Umweltfragen immer ernst genommen und ausführlich diskutiert worden. Häupl verwies auf die vielen Maßnahmen, die in Wien bereits gesetzt wurden. Dabei sei nicht nur reparierender Umweltschutz betrieben worden, sondern auch der vorsorgenden Umweltpolitik wurde großes Augenmerk geschenkt. Beispiele dafür seien die Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl und der Ausbau der Fernwärme. Mit der Einführung des Katalysatorautos sei ein weiterer Schritt getan worden.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte, daß im Luftbericht viele wichtige Themen wie Verkehrsproblematik, Waldsterben, usw. fehlen. Es handle sich bei dem Bericht nur um die Berühmung von Dingen wie den Einbau von Filteranlagen, die eigentlich selbstverständlich sein müßten. Die ganze Energie werde auf die Sanierungspolitik verwendet, eine vorausschauende, vorsorgende Umweltpolitik bleibe auf der Strecke. Hawlik sagte, daß Umweltpolitik alle Ressorts betreffe. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Luftbericht

21 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß sein Vorredner übersehen haben dürfte, daß es sich um einen Luftbericht und nicht um ein Umweltprogramm handelt. In dem Bericht werden Zahlen und Fakten vorgelegt, die die Luftsituation klar und deutlich aufzeigen. Die Veröffentlichung der umfangreichen Meßdaten sei in diesem Umfang erst möglich, seitdem die technischen Einrichtungen dafür vorhanden sind. Die Wiener Einrichtungen zur Messung der Luft gelten als Vorbild im In- und Ausland. Die Negation all dieser Erfolge und Bemühungen durch die ÖVP sei der schlechteste Weg, eine sachliche Diskussion herbeizuführen.

Zum Vorwurf, daß die Kompetenzen des Umweltstadtrates nicht ausreichen, sagte Braun, daß Umweltpolitik in alle Geschäftsgruppen Eingang gefunden habe. Braun wies abschließend auf die enge und intensive Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Wissenschaftlern hin.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Tarifierhöhungen

22 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte eine Abänderung der Wassergebühren- und der Kanalgebührenordnung sowie die Abänderung des Müllabfuhrabgabentarifes.

Die Wassergebühr werde mit dieser Tarifierhöhung um 40 Groschen pro Kubikmeter auf 10,20 Schilling Mehreinnahmen von rund 48 Millionen Schilling pro Jahr ermöglichen. Damit werde der seit vier Jahren unveränderte Tarif nun angehoben, um einen Kostendeckungsgrad von 97 Prozent zu erreichen.

Bei der Abänderung der Kanalgebührenordnung, erklärte Mayr, handle es sich um die Anhebung der Vernichtungsgebühr für den Aushub aus Benzin-, Fett- und Seifenabscheidern. Diese Gebühren kämen der EBS zugute, die auch für den Sonermüllanfall von Haushalten außerhalb Wiens Sorge trage.

Der Müllabfuhrabgabentarif sei seit fünf Jahren konstant und werde nun von 20 auf 23 Schilling pro 110-Liter-Gefäß erhöht, schloß Mayr.

Die Änderung der Kanalgebührenordnung könne die ÖVP, kritisierte GR. DALLER (ÖVP) aufgrund fehlender Kalkulationsunterlagen nicht nachvollziehen, zumal die per Jänner 1987 geltende Tarifliste der EBS Gebühren angebe, die um 10 Prozent niedriger lägen. Zur Wassergebühr führte Daller aus, daß in den Jahren 1978 bis 1987 rund 12 Milliarden eingenommen worden seien, denen nur 9 Milliarden Ausgaben gegenüberstünden. 1975 habe ein Kubikmeter Wasser noch 5 Schilling gekostet, ab 1987 werde er nun 10,20 Schilling kosten, das bedeute eine Verdoppelung. (Forts.)
jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Tariferhöhungen

23 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nehme man an, fuhr Daller fort, daß die Müllabfuhrgebühr rund 24 Prozent und die Wassergebühr rund 12 Prozent der Betriebskosten eines Haushaltes ausmache, so treffe diese Gebührenerhöhung vor allem die sozial schwächer Gestellten.

Bei den Wassergebühren, meinte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bestünde eine klare Überdeckung, seine Fraktion betrachte diese Tarife seit mindestens vier Jahren als zu hoch angesetzt. Die nun zu beschließende Gebührenerhöhung sei seiner Meinung nach wirtschaftlich nicht vertretbar. Der Änderung der Kanalgebührenordnung werde die FPÖ zustimmen, da hier Fremdkosten entstünden, die zu tragen Wien nicht verpflichtet sei.

Zur Kritik der FPÖ erklärte GR. Christine SCHIRMER (SPÖ), der geltende Kubikmeter-Wasserpreis habe einen Kostendeckungsgrad von 93,7 Prozent gebracht, mit der Erhöhung werde die Deckung 97,5 Prozent betragen. In den nächsten Jahren würden Milliarden in das Wiener Wasser investiert, so daß alle Wiener Haushalte voll mit Hochquellenwasser versorgt werden können. Dies inkludiere die Versorgungs- und Speichergarantie. Der Kostendeckungsgrad bei der Müllabfuhr habe u. a. aufgrund der Einführung getrennter Müllsammlungen, die erweitert werden sollen, und der Maßnahmen zur Realisierung des Abfallwirtschaftsgesetzes nicht mehr entsprochen, erklärte Schirmer, und werde mit dieser 15prozentigen Erhöhung auf 91,69 Prozent erhöht. Dies bedeute eine durchschnittliche monatliche Belastung pro Haushalt von 13 Schilling. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Tariferhöhungen

24 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP habe 1983, führte GR. HAHN (ÖVP) aus, einen Antrag auf eine Rückstellung jener 160 Millionen Schilling, die in den Jahren 1978 bis 1983 sozusagen als Reingewinn erwirtschaftet wurden, gestellt. In diesem Zeitraum habe eine Erhöhung der Müllgebühren um 54 Prozent stattgefunden. Das Argument dafür sei die Errichtung des Rinter-Zeltes gewesen. Von den eingeplanten 250 Millionen Schilling seien aufgrund der Schließung des Rinter-Zeltes nur 94 Millionen tatsächlich bezahlt worden.

Wesentliche Investitionen, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) in seinem Schlußwort, seien vor allem bei den Mülldeponien und dem Wagenpark der MA 48 getätigt worden. So seien auch die in den Jahren 78 bis 83 erwirtschafteten 160 Millionen Überdeckung nicht erspart worden, weil das steigende Umweltbewußtsein zielführende, aber kostenintensive Maßnahmen erfordert habe.

ABSTIMMUNG: Die Erhöhung der Wassergebühren und des Müllabfuhrabgabebetarifes wurden mit den Stimmen der SPÖ, die Abänderung der Kanalgebührenordnung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ beschlossen. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Erhöhung der Friedhofsgebühren

25 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Friedhofsgebühren um fünf Prozent für Grabstellenentgelte und um drei Prozent für Arbeitsentgelte.

GR. GLÜCK (ÖVP) kritisierte, daß damit bereits die zweite Tarifierhöhung innerhalb von elf Monaten stattfindet. Man sollte die städtischen Friedhofsgärtnereien und Steinmetzwerkstätten privatisieren und eine andere Handhabung bei der Vergabe und beim Erlöschen von Grabstellen einführen. Im Übrigen könne die Stadt Wien ihren Zuschuß aus Steuermitteln für die Friedhöfe erhöhen, da diese auch wichtige Erholungsgebiete seien.

GR. HUMMEL (SPÖ) entgegnete, daß die städtischen Gärtnereien für ihre Kunden weit billiger seien als es private Betriebe sein würden. Der kürzere Abstand der Erhöhungen ermögliche es, diese niedriger zu halten. Im Übrigen trage die Stadt Wien ohnedies einen gar nicht so kleinen Abgang bei den Friedhöfen.

In seinem Schlußwort sagte GR. FREINBERGER, daß die ÖVP immer eine Argumentation finde, um gegen betriebswirtschaftlich notwendige Erhöhungen bei städtischen Betrieben zu stimmen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Schlußwort des Bürgermeisters

26 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im traditionellen Schlußwort am Ende der Gemeinderatssitzungen vor dem Jahresende sagte Bürgermeister Dr. ZILK, in diesem Wahljahr seien viele Argumente sehr pointiert vorgebracht worden. Unter diese Auseinandersetzungen sollte nun ein Schlußstrich gezogen werden, doch nicht unter unterschiedliche Auffassungen, sondern unter manches Wort und unter manche Polemik gleich welcher Seite. Vor drei Jahren habe der Heilige Vater bei seinem Besuch in Wien dazu aufgefordert, bei allem Gegensätzlichen das Menschliche, das Verbindende, das Verbindliche in den Vordergrund zu stellen. Die Mitmenschlichkeit zeige sich in der Politik durch die Bereitschaft und Kraft, sich auch selbst gelegentlich Zügel aufzuerlegen. Dieses Jahr habe viele Beschlüsse gebracht, und bei oberflächlicher Betrachtung der letzten Tage könnte der Eindruck entstehen, es gebe gewaltige Fronten. Tatsächlich sei jedoch die überwältigende Mehrheit der Beschlüsse einstimmig gefaßt worden. Das beweise, daß in wesentlichen und grundsätzlichen Fragen Übereinstimmung bestehe. Daher solle in den nächsten Jahren der Geist der Zusammenarbeit und des Verstehens weitergeführt werden. Wenn es um die Frage der Zusammenarbeit geht, müsse dies auch um den Preis des Verzichts auf die Durchsetzung eigener Ideen geschehen. "Dabei kann es keinen Besiegten und keinen Sieger geben, sondern nur einen Sieger: die menschliche Vernunft, und ihr wollen wir in diesem Hohen Haus dienen", schloß Zilk.

Die Sitzung endete um 17.20 Uhr. (Schluß) and/bs

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN